

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilarverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Ode, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 53-55. Fernruf: 4592.

## Pfingsten.

Vor meiner Tür ein Malenbaum,  
Auf blondem Haar den Frühlingskranz.  
Im Zimmer goldnes Sonnenlicht  
Und in den Herzen Sonnenglanz.

Fröhlicher Sinn und jungen Mut  
Und Blumenduft und Vogelsang.  
Wo man auch hinschaut junges Glück,  
Erhobtes Hoffen, froher Klang.

Die ganze Welt im Festgewand  
Und überall verliebte Leute,  
Heißhachzend durch die Lande klingt  
Vom Glockenturme Pfingstgeläute.

Grete Filling.

## Zur Krisis in der Weltwirtschaft.

In diesen Tagen werden über Deutschlands Schicksal Entscheidungen getroffen, die für die Zukunft nicht nur allein unseres Vaterlandes, sondern der ganzen Welt von den inhaltsschwersten und bedeutungsvollsten Folgen sein können. Zur Zeit, wo wir diese Zeilen niederschreiben, sind die Würfel noch nicht gefallen. Wohl liegen bereits eine Anzahl Pressestimmen vor, denen zufolge Amerika Deutschland hat wissen lassen, daß es nicht in der Lage sei, die Vorschläge in dieser Form an die Alliierten weiter zu geben, da sie von keiner Seite als genügend angesehen würden. Diese Nachricht, die, wenn sie sich bestätigen sollte, uns die allerletzte Hoffnung auf eine Verhandlungsmöglichkeit nehmen würde, zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit den gewaltigen Sturz der weltwirtschaftlichen Lage. Aber noch wollen wir hoffen, daß es zu einer Verständigung auf der Grundlage der neuen deutschen Vorschläge kommen möge.

Die Folgen einer weiteren Besetzung deutschen Gebietes wären nicht nur allein verhängnisvoll für die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern würden das Elend der Arbeiterklasse in ganz Europa vermehren. Diese Erkenntnis ist erfreulicherweise auch bereits einem Teile der außerdeutschen Arbeiter und Arbeiterinnen gekommen. In einer vom Parlamentsausschuß des englischen Gewerkschaftskongresses und dem Vollzugsausschuß der englischen Arbeiterpartei veröffentlichten Kundgebung betreffend die Besetzung des Ruhrgebietes heißt es:

„Eine neue Invasion Deutschlands und die Besetzung des Ruhrgebietes sei moralisch und politisch zu verwerfen und würde auch einen Verrat an der eigenen industriellen Wohlfahrt Großbritanniens bedeuten. Selbst wenn bewiesen würde, daß Deutschland sowohl fähig als auch unwillig sei, seinen Anteil an der Reparation zu leisten, würden die vorgeschlagenen Zwangsmittel das Elend der Arbeiterklasse in Mitteleuropa vermehren, die wirtschaftliche Wiederherstellung verzögern und die eigne industrielle Krisis in England verschärfen. Es heißt in dem Manifest weiter, die organisierte Arbeiterschaft nicht nur in England und den anderen alliierten Ländern, sondern sogar in Deutschland bestrebe darauf, daß die verpönten Gebiete Frankreichs vollständig und sofort wiederhergestellt werden. Eingehende Angebote, diesen Schaden mit deutscher Arbeit und deutschem Material wieder gut zu machen, seien verschiedentlich erfolgt. Bevor nicht bewiesen sei, daß die Verantwortung für den Mißerfolg dieser Angebote Deutschland zufalle, könne man nicht der Ansicht sein, daß Deutschland diesen Teil seiner Verpflichtungen nicht erfüllt habe.“

Der Vorschlag, das Ruhrgebiet zu verwalten und auszubeuten, eine Bevölkerung von vier Millionen unter fremde Militärherrschaft zu bringen und die Bergarbeiter dieses Gebietes sozusagen Zwangsarbeit leisten zu lassen, ist ebenso unzweckmäßig als gefährlich. Früher oder später werde sogar eine entmännelte Nation gegen eine solche Behandlung revoltieren. Die Folge davon werde unsehbar auf die eigne Arbeiterklasse Englands zurückfallen, die bereits in Arbeitslosigkeit für die Ruinen bezahle, die der Krieg, die Blockade und der Unterdrückungskrieg dem Kontinent zugefügt habe. Wenn dieser Schaden durch die Besetzung des

Hauptkohlengebieten Deutschlands vertriebsfähig werde, so könne die augenblickliche Arbeitslosigkeit in England dauernd und unheilbar werden. Die Erhebung des Spa-Tributes von 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich aus dem Ruhrgebiet für Frankreich und Belgien habe die englische Kohlenausfuhr nach Frankreich stillgelegt. Sie sei also die tatsächliche Ursache der Krise und des Konfliktes im englischen Kohlenhandel. Wenn Frankreich die gesamte weitere Kohlenförderung des Ruhrgebietes kontrollieren werde, so sei es klar, daß jede Hoffnung auf Wiederherstellung des englischen Ausfuhrkohlenhandels verschwinden werde.“

Aber selbst wenn die „Sanktionen“ fallen oder wenn die Einsicht wider Erwarten schnell kommen sollte, müssen wir uns darüber klar sein, daß damit bei weitem noch nicht der alte Zustand hergestellt sein wird. Die Weltwirtschaftskrisis läßt sich nicht durch Vereinbarungen im Handumdrehen beseitigen. Noch Jahre hindurch wird jenseits des Ozeans Amerika an seiner überwertigen Valuta leiden und in Waren erschicken; durch Lohnherabsetzungen, wie sie gerade in der jüngsten Zeit wiederholt vorgenommen sind, wird es seiner Wirtschaftskraft nicht zu steuern vermögen. Hoch mächtig host die Zahl der Arbeitslosen; selbst in Mexiko ist das der Fall, und die staatlichen Ausgaben drohen die Einnahmen zu überschreiten. Im fernen Osten und den britischen Dominions klagt man über Absatzstörungen und annulliert wegen des Mangels an Zahlungsmitteln alte Aufträge. In Südafrika herrschen dieselben Erscheinungen wie in den übrigen Teilen der Welt; dies Land erlebt jetzt die größte Wirtschaftskrisis, die es je durchgemacht hat. Ägypten, das noch bis vor einem Jahr aus der durch den Krieg hervorgerufenen Konjunktur Nutzen ziehen konnte, leidet unter einer schweren Lähmung seines gesamten Geschäftslebens. In Australien ist es ebenso. Kurz, alle Teile der Welt sind von der großen Wirtschaftslähmung erfaßt worden, die von den europäischen Siegerstaaten ihren Ausgang nahm und dann auf die Neutralen übersprang. In einem allgemeinen Konjunkturrückgang, einem Sinken der Kaufkraft, einer zunehmenden Betriebs Einschränkung und -einstellung, verbunden mit einer großen Zahl von Arbeitslosen, in einem Sinken der Ein- und Ausfuhr, in einem Erlahmen der transozeanischen Schifffahrt und in dem immer lauter ausgebrochenen Schrei nach Schutzzöllen oder ähnlichen Maßnahmen findet die Wirtschaftskrisis der Welt ihren Ausdruck.

So beurteilt Dr. Kurt Ritter in einem lesenswerten Aufsatz im „Tag“ Nr. 94 vom 23. 4. 21 die augenblickliche weltwirtschaftspolitische Lage. Daraus erhellt, daß die Zeiten, die uns bevorstehen, überaus hart und schwer sein werden; vielleicht werden sie uns in mancher Hinsicht noch größere Entbehrungen auferlegen, als wie die Kriegsjahre. Aber nichtabsehbare wird sich der Weg zum Wiederaufstieg, auch bei uns in Deutschland, finden lassen, wenn sich, so schließt wirkungsvoll Ritter seinen Aufsatz, das deutsche Volk an der Heimatstreue seiner Oberschlester ein Beispiel nimmt und bei allen seinen Handlungen den Willen, deutsch zu sein und deutsch zu bleiben und wieder ein freies Volk zu werden, den Ausschlag geben läßt.

## Selbstsucht oder Gemeinschaftsinn?

Gewerkschaftsarbeit ohne Idealismus — ein Körper ohne Seele.

I.

Die christlichen Gewerkschaften sind, nach dem Worte der „Sozialen Praxis“ vom 9. Oktober 1919, „das Salz der Arbeiterbewegung“ geworden. Auf sie setzen die besten Kräfte unseres Volkes die größten Hoffnungen für den Wiederaufbau unseres Volkslebens. Das stellt ihre Anhänger vor schwere Verpflichtungen. Sollen sie erfüllt werden, dann kommt alles darauf an, möglichst alle Anhänger der Bewegung von der Bedeutung der Bewegung zu durchdringen und dieselben mit dem wahren und idealen Gewerkschafts- und Gemeinschaftsgeist zu erfüllen. Wenn darum die nachfolgenden Darlegungen auch für alle Mitglieder geschrieben sind und ausnahmslos von allen Mitgliedern beherzigt werden müssen, so richten sich dieselben doch in erster Linie und vornehmlich an die Adresse derjenigen Kolleginnen und Kollegen unseres Verbandes, die in demselben in irgend einer Form eine führende oder fördernde Stellung be-

halten. Über eines müssen wir uns nämlich von vornherein vollständig klar sein, daß die Erfüllung unserer Mitgliedermassen mit dem wahren Gewerkschaftsgeist und mit idealem Gemeinschaftsinn nur dann auch praktisch verwirklicht werden kann, wenn diejenigen Mitglieder im Verbands, die eine Verantwortung beladen, in voller Hingebung und Aufopferung der Bewegung dienen.

Die Gewerkschaftsbewegung mußte in den letzten Jahren — durch die Macht der Verhältnisse dazu gezwungen — immer mehr Kräfte in der Bewegung freistellen, d. h. hauptsächlich beschäftigen. So wird schätzungsweise die Zahl der in der christlichen Gewerkschaftsbewegung freigestellten Kräfte zur Zeit wohl rund anderthalb Tausend betragen. Das entspricht durchaus dem riesigen Anwachsen und der Erstarkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren. Leider hat diese notwendige Schaffung von besoldeten Führerstellen in unserer Bewegung nun auch dazu geführt, daß ein Teil unserer Mitglieder ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Bewegung einstellen. Sie sind der ganz irrigen Auffassung, daß alle Gewerkschaftsarbeit von den Beamten zu leisten sei, andernfalls aber die bisherigen ehrenamtlich verrichteten Arbeiten mancherorts ungenügend vergütet werden müßten. Wer so urteilt, beweist damit nur, daß er von der hohen Kulturmission, die unsere Bewegung erfüllen muß, eine ganz falsche Auffassung hat. Die Aufgaben unserer Bewegung sind so vielfältig, daß es ganz undenkbar ist, daß alle Gewerkschaftsarbeit bezahlt werden kann. Wir halten das für völlig ausgeschlossen selbst dann, wenn unsere heutigen Verbandsbeiträge um das Doppelte erhöht würden. Darum wird unsere Bewegung vor wie nach eine ehrenamtliche Tätigkeit recht vieler Verbandsmitglieder gar nicht entbehren können. In diesem Sinne spricht sich ja auch unser Verbandsstatut aus. Im § 19, Absatz 3 der Verbandsstatuten heißt es u. a.:

„Das Amt der Vorstandsmitglieder ist ein unentgeltliches Ehrenamt. Davo Auslagen sowie sonstige durch die Wahrnehmung der übertragenen Geschäfte entstandene Unkosten sind jedoch aus der Ortsgruppenkasse zu vergüten.“

Was hier nur von den Vorstandsmitgliedern gesagt wird, gilt ganz selbstverständlich sinngemäß auch für alle sonstigen Mitglieder, die in der Bewegung eine Vertrauensstellung bekleiden und nicht hauptsächlich angestellt sind. Ferner ist auch ganz selbstverständlich, daß die Vorstandsleiter und -Vorstände in der Bemessung von Vergütungen für durch Wahrnehmung der übertragenen Geschäfte entstandene Unkosten sich nicht von ganz Kleinlichen Gesichtspunkten leiten lassen sollen. Wenn vernünftig denkendes Verbandsmitglied und erst recht nicht unsere Verbandsleitung, werden daran Anstoß nehmen. Ist es doch heutzutage bedauerlicherweise überaus schwierig, selbst gegen eine vollständig ausreichende Vergütung als Ersatz für Barauslagen usw. überhaupt noch Mitarbeiter zu gewinnen. Und immer mehr und mehr zeigt es sich, daß vor allem wirklich ideal veranlagte und intelligente Verbandsmitglieder zuweilen nur mit innerem Widerstreben z. B. sich zur Übernahme eines Mandates als Arbeiterrats- oder Betriebsratsmitglied bereit finden. Das ist angesichts der Unratsvitalität und die Arbeiterinteressen schwer schädigenden Taktik nur zu verständlich. Darum kann man aber erst recht nichts dagegen einwenden, daß den ehrenamtlich in unserer Bewegung Tätigen in nicht Kleinlicher Weise die Barauslagen vergütet werden.

Was aber von uns und von der Leitung unserer Bewegung tief beklagt werden muß, ist, daß leider Gottes in manchen Ortsgruppen und größeren Industrieorten mit einem oder gar mit mehreren freigestellten Kräften eine Anzahl Verbandsmitglieder überhaupt nicht mehr oder nur schwer zu bewegen sind, in unserer Bewegung mitzuarbeiten. „Dafür haben wir doch unsere Beamten“, ist eine ständig wiederkehrende Nebenart, womit diese Mitglieder jegliche Mitarbeit in der Bewegung glauben ohne weiteres verweigern zu können. Es ist nicht immer böser Wille, der aus diesen Worten spricht. In nur wenigen Fällen reden so z. B. Berügte, die auf eine Anstellung in der Bewegung bisher vergeblich gehofft haben. Zuweilen ist es auch wirkliche Unkenntnis der Dinge. Manche Vorstands- und andere Mitglieder, die in der Bewegung eine Vertrauensstellung bekleiden, glauben allen Ernstes, daß, wenn man einmal ein Sekretär da sei, ihre Mitarbeit nicht mehr erforderlich wäre. Diesen ist es in der Tat noch nicht klar zum Bewußtsein gekommen, daß ein angestellter Führer die opferfreudige Mitarbeit recht vieler Mitglieder gar nicht entbehren kann. Leider aber sind heutzutage gar nicht von der Art, wie wir oben eine angeführt haben, in nicht wenigen

Fallen nur der Ausdruck einer krassen Selbstsucht und eines mangelnden Gemeinheitsbewusstseins.

Gewiß, die Zeiten mögen sich geändert haben, aber, wie uns scheinen will, die Menschen noch viel mehr. Es ist tief bedauerlich, daß auch in unserer Bewegung ein Teil der Mitglieder — er ist vielleicht größer als viele unserer Anhänger vermuten — angezogen ist vom Geiste unserer materialistischen Zeit.

Durch diesen von uns hier so scharf gebrandmarkt materialistischen Zeitgeist sind leider auch in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung schon da und dort ganz schlimme Verheerungen angerichtet worden.

Wenn dieser Geist des Materialismus, dieser verderbliche Geist der krassen Selbstsucht in der Folgezeit noch weiter in unserer Bewegung sich verbreiten würde, dann wäre es um die Zukunft unserer Bewegung schlecht bestellt.

Der vielen unserer Mitglieder bekannte Dr. Sonnenstein, ein erfolgreicher Führer der sozialdemokratischen Bewegung in unserm Lager, rief uns auf unserer Verbandsgeneralversammlung im Jahre 1910 in Aachen schon mahnend die Worte zu:

Lassen Sie es nie dazu kommen, daß in Ihrer Bewegung nur die Beamten allein alle gewerkschaftliche Tätigkeit ausüben müssen. Eine Gewerkschaftsbewegung, die nur mit Beamten arbeitet, ist fertig. Sie haben hingebende Menschen, Charaktere, Christen nötig.

Wie recht Dr. Sonnenstein mit dieser Mahnung hatte, das werden wir in dem in der nächsten Woche folgenden Artikel noch sehen. Soviel sollte aber jetzt schon für alle Mitglieder feststehen, daß nämlich eine Gewerkschaftsbewegung außer den freigestellten Kräften auch noch eine möglichst große Schaar tüchtiger und opferbereiter Mitarbeiter dringend braucht.

Unsere Bewegung braucht erst recht in einer Zeit wie der heutigen wieder wirkliche Idealisten, die durch ihre Taten und durch ihr uneigennütziges und selbstloses Handeln in der Gewerkschaftsbewegung die Mitglieder zu edlen Taten begeistern und sie anzuregen, in voller Hingebung und Aufopferung der Arbeitertätigkeit und dem Arbeiterstande zu dienen.

### Niedriger hängen!

#### Ein Musterbeispiel demagogischer Schreibweise des „Textilarbeiter“.

In der Nr. 16 unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ vom 16. April 1921 veröffentlichten wir einen Artikel, überschrieben: „Gegen alle gewerkschaftlichen Grundzüge und Regeln.“

„Der Textilarbeiter“, das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, bringt in der Nr. 17 vom 29. April unter der Überschrift: „Der treue Fridolin“ einen Artikel, der eine Erwiderung auf unsern mit „Gegen alle gewerkschaftlichen Grundzüge und Regeln“ überschriebenen Artikel sein soll.

Wir stellen hiermit nochmals fest:

1. Die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat von Beginn der Bewegung an unsern Verband vollständig ausgeschaltet.
2. Sie hat auch im letzten, als in einigen Betrieben schon gestreikt wurde, nicht das Geringste unternommen, um die Leitung unseres Verbandes zu veranlassen, den Streik mit den Deutschen gemeinsam durchzuführen.
3. Zur selben Zeit, wo in einzelnen Betrieben gestreikt wurde, haben tausende von Mitgliedern des Deutschen Verbandes in anderen interessierten Betrieben des Bielefelder Industriebezirks ruhig weiter gearbeitet.
4. Auch in diesen Betrieben wurde von der Leitung des Deutschen Verbandes nichts unternommen, um die Arbeiter zum Streiken zu veranlassen.
5. Eine Funktionärerversammlung des Deutschen Verbandes beschloß ein Ultimatum von 24 Stunden an die Arbeitgeber zu richten und, falls dieses abgelehnt würde, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist in den Streik einzutreten.
6. Durch das ungewerkschaftliche Vorgehen des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde der Erfolg der Bewegung in Frage gestellt und die Interessen der Arbeiter sowohl wie der Gewerkschaften schwer geschädigt.

An diese Tatsachen kann auch eine noch so unsaire Kampfesweise des „Textilarbeiter“ nichts bedeuten und drehen. Von einem Streikbruch der Christen, wie er sich „geschmackvoll“ auszudrücken beliebt, kann nicht im entferntesten die Rede sein.

Wir sind gottlos und recht weit davon entfernt, daß wir alles und jedes, was der Deutsche Verband bei Bewegungen und erst recht bei Streiks, unternimmt, unbeschrieben mitmachen. Wenn der Deutsche Verband glaubt, bei Bewegungen müßten wir, obgleich er uns über seine Folgen völlig im Unklaren läßt, blindlings seinen Parolen folgen und nur auf sein Kommando hin zu tun, so verhält er sich gründlich auf dem Holzwege.

schäftlichen Regeln und Grundzügen John sprechen — als wie wir in der letzten Zeit gehandelt haben. Das vollständig selbständige Organisations können und müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß man bei Bewegungen, wo auch unsere Mitglieder beteiligt oder interessiert sind, uns als gleichberechtigte Organisation anleibt und demgemäß über alle zu ergreifenden Maßnahmen sich von Anfang an mit uns verständigt.

In diesem Falle wäre das, was tausende Mitglieder des Deutschen Verbandes bei der Bielefelder Bewegung gemacht haben, ebenfalls Streikbruch gewesen. Schon dieser Himmels zeigt, wie oberflächlich — um nicht zu sagen geradezu gewissenlos — der „Textilarbeiter“ Behauptungen aufstellt und Verdächtigungen in die Welt schleudert.

### Allgemeine Rundschau.

#### Stegerwald in sozialdemokratischer Beleuchtung.

Ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Kampfesweise. Die sozialdemokratische Presse tobt, um die Ungeheuerlichkeit und Anmaßung zu verdeutlichen, mit denen sich die sozialdemokratische Partei in Preußen selbst aus der Regierung hinausmandrieren hat.

Gegenüber diesen und ähnlichen Verleumdungen braucht nur in Erinnerung gerufen zu werden, wie Stegerwald in seiner Tätigkeit vorher von maßgebender sozialdemokratischer Seite beurteilt worden ist.

Als im Jahre 1917 das Reichsernährungsamt neu besetzt wurde, schrieb das „Correspondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften (Nr. 35, 1917):

„Erwünscht wäre es auch vom Standpunkte der Vertretung der Arbeiterinteressen, daß Herr U. Stegerwald dem Amte erhalten bleibt, da seine gründliche Kenntnis der Arbeiterverhältnisse, seine unermüdbare Arbeitskraft und seine Festigkeit als Arbeitervertreter ihn fast unentbehrlich gemacht haben.“

Stegerwalds Berufung ins Herrenhaus (Oktober 1917) wurde von der sozialdemokratischen „Rein. Btg.“ in Köln wie folgt gewürdigt:

„Der Generalsekretär des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, Adam Stegerwald, ist ins Herrenhaus berufen worden. Er ist damit der erste Arbeitervertreter in dieser Kammer. Wenn Stegerwald auch immer in den grundlegenden Fragen der Weltanschauung unser Gegner gewesen ist, so hindert uns das nicht, anzuerkennen, daß er die Interessen der Arbeiterschaft, besonders als Mitglied des Kriegsernährungsamts, charaktervoll zu wahren wußte und sich in seinem Handeln von einem ausgeprägten proletarischen Empfinden leiten läßt.“

So haben sozialdemokratische Kreise den jetzigen preussischen Ministerpräsidenten in ruhiger, unbeeinflusster Beurteilung. Wenn die sozialdemokratische Presse heute denselben Mann verdächtigt und mit Schmutz bewirft, so wird jeder ehrliche Mensch das als ein ganz niedriges Agitationsmanöver einzuschätzen wissen.

#### Die Änderungen in der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat am 19. März d. J. ein Gesetz betreffend Änderungen in der Unfallversicherung verabschiedet. Es wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Die wesentlichsten Vorschriften des Gesetzes sind folgende:

1. Die sogenannte Drittelungsgrenze, d. h. die Grenze, bis zu welcher der Jahresarbeitsverdienst in der Unfallversicherung bei der Rentenberechnung und der Umlage voll angerechnet wird, ist von 1800 M. auf 10200 M. erhöht worden.
2. Die Unternehmer können künftig durch die Zahlung des Versicherungsbeitrages ohne jede Beschränkung zur Unfallversicherung herangezogen werden.
3. Die Versicherungsgrenze für Betriebsbeamte, die Grenze, bis zu der in der See-Unfallversicherung der Jahresarbeitsverdienst gesetzlich berücksichtigt wird, und die Grenze für die Selbstversicherung der Unternehmer ist auf 40000 Mark erhöht worden.
4. Die Vorschriften über die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind in veränderter Fassung wieder in Kraft gesetzt worden. Bis zur Verkettung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste durch die Oberversicherungsämter sollen die zuletzt vor dem 1. August 1914 festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste unter einer Erhöhung um 500 v. H. der Rentenberechnung und der Umlage zugrunde gelegt werden.
5. In der See-Unfallversicherung sollen der Rentenberechnung und der Umlage künftig nicht monatliche Durchschnittsgehälter, sondern Tariflöhne zugrunde gelegt werden.
6. Für das Jahr 1921 sollen den Empfängern von Unfallrenten, denen auf Grund der Verordnung vom 5. Mai 1920 Zulagen zustehen, diese Zulagen in doppeltem Betrage gewährt werden.
7. Im § 1006 der Reichsversicherungsordnung ist für den Mindestbeitrag zu einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ein einheitlicher Höchstbetrag von 20 M. festgesetzt worden.

### Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

#### Der II. Ausbildungskursus für Betriebsräte

am „Staatswissenschaftlichen Institut“ zu Münster wurde vom 8. März bis 24 April abgehalten. Entgegen dem ersten Kursus, der nur drei Wochen dauerte, war der diesmalige Kursus auf sechs Wochen ausgedehnt, was für zweckmäßig gehalten werden muß, wenn man weiß, welche eine Fülle von Stoff die Kursusteilnehmer zu verarbeiten haben. Man kann der Tafelmethode des Herrn Professor Piengge nachsagen, daß sie die Einführung in die Volkswirtschaftslehre den Kursusteilnehmern bedeutend erleichtert, soll aber ein derartiger Kursus dauernden Wert behalten, dann müßten den Teilnehmern die einzelnen Tafeln mit kurzen Erläuterungen am Schluß oder noch besser vor Beginn des Kursus ausgehändigt werden. In das Gebiet des Finanzwesens führte Herr Professor Terhalle meisterhaft ein. Ueber Buchführung und Bilanz, Börse und Spekulation und über die weltumspannende Tätigkeit des Geldes konnten die Kursusteilnehmer reiche Erfahrungen sammeln. Was den Theoretikern nicht gelang, erreichten die Praktiker in ihren Übungsstunden. Alles in allem bewies der Kursus, daß nicht mit Schlagworten, sondern durch lebendige Mitarbeit der Betriebsratsmitglieder unser Wirtschaftsleben wieder vorwärts gebracht werden kann. Möge dieser Gedanke der Kursusleitung sich bei allen Teilnehmern durchgesetzt haben. T. M.

#### Die Schlichtungsordnung.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Entwurf einer Schlichtungsordnung ist nunmehr nach Zustimmung des Reichstages dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Regulierung zugegangen. Der neue Entwurf weist gegenüber dem früher veröffentlichten Referentenentwurf erhebliche Änderungen auf, die im wesentlichen auf seiner Durchberatung mit einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission beruhen. Er ist in der jeweils erschienenen Nr. 12 des Reichsarbeitsblattes abgedruckt.

Der Entwurf sucht die Schlichtungsbehörden für ihre eigentliche Aufgabe, die Schlichtung von Gesamtschlichtungen, freizumachen; die ihnen bisher in einzelnen Fällen übertragene Zuständigkeit in Einzelschlichtungen soll nur noch solange bestehen bleiben, bis geeignete Stellen zur Entscheidung dieser Streitigkeiten (Arbeitsgerichte) geschaffen sind. Das tarifliche Schlichtungswesen ist noch mehr als früher in den Vordergrund gerückt und soll durch unentgeltliche Ueberlassung von Verhandlungsräumen, Vorständen und Bureauapparat der Schlichtungsbehörden nach Möglichkeit gefördert werden. Die Schlichtungsbehörden sollen nur dann in Tätigkeit treten dürfen, wenn eine vereinbarte Schlichtungsstelle fehlt oder das Verfahren vor ihr zu keinem Ergebnis geführt hat. Bei dem Aufbau der Schlichtungsbehörden ist den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Gewerbe- und Berufs-zweige in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Der Entwurf sieht Einigungsämter, Landeseinigungsämter und — an Stelle der bisherigen Schlichtungstätigkeit des Reichsarbeitsministeriums — ein selbständiges Reichseinigungsamt vor, die je nach dem Umfang der Streitigkeit für die Schlichtung zuständig sind. Wie der frühere Entwurf enthält auch der neue die ausdrückliche Verpflichtung, vor Beginn von Kampfmaßnahmen, namentlich von Streiks und Aussperrungen, das Schlichtungsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Den gemeinnützigen Betrieben ist in dem Entwurf mit Rücksicht auf ihre besondere Bedeutung für die Allgemeinheit eine gewisse Sonderstellung eingeräumt. Von der Aufnahme von Straf- und Zwangsbestimmungen zur Sicherung der Anwendung und der ungehinderten Durchführung des Schlichtungsverfahrens sieht der Entwurf im Gegensatz zu dem früheren Referentenentwurf ab, da sich derartige Maßnahmen bei Massenbetrieben überall als undurchführbar erwiesen haben. An Rechtsmitteln ist nur die Revision gegen Schiedssprüche vorgesehen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverletzungen gestützt werden kann. Die in der Demobilisierungzeit eingeführte Einrichtung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen ist beibehalten; die Voraussetzungen, unter denen sie erfolgen kann, sind jedoch wesentlich eingeschränkt. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung soll auch nicht wie bisher durch die Verwaltungsbehörden, sondern durch die Schlichtungsbehörden selbst unter Beteiligung von Vertretern der Wirtschaftsräte erfolgen.

### Aus unserer Industrie.

#### Der Rückgang der Ausfuhr von Baumwollwaren von England.

Der Rückgang der Ausfuhr von Baumwollzeugnissen aus England ist geradezu katastrophal. Nach den neuesten Veröffentlichungen wurden im Monat März 1921 nur 8 1/2 Millionen Pfund Garne ausgeführt, während im Jahre 1913, und zwar im gleichen Zeitraum, 17 1/2 Millionen Pfund exportiert werden konnten. Ähnlich sind die Zahlen für Gewebe. Im März 1921 wurden 232 Millionen Yards Gewebe exportiert gegen 561 Millionen Yards im gleichen Zeitraum des Jahres 1913.

#### Intensive Tätigkeit französischer Handelskreise in der tschechisch-slowakischen Textilindustrie.

Außer englischen und amerikanischen Interessenten hat sich ausländisches Kapital bisher in der tschechisch-slowakischen Textilindustrie wohl kaum oder nur im beschränkten Maße betätigt. Jetzt wird bekannt, daß nordkanadische

Interessengruppen außerordentlich rührig sind, um Textilfabriken, insbesondere Leinenfabriken, in Böhmen und in Mähren zu erwerben.

#### Guter Absatz für deutsche Wirkwaren in Argentinien.

Aus guter Quelle hören wir, daß der argentinische Markt noch immer ein gutes Absatzgebiet für deutsche Wirkwaren bietet. Dazu kommt, daß in der argentinischen Wirkwarenindustrie bereits seit Februar d. J. ein Streik besteht, der wahrscheinlich den Warenmangel noch vergrößert hat.

#### Förderung der Baumwollkultur in Brasilien.

Während Malo-Baumwolle bisher in größerem Maßstabe nur in Ägypten zur Verfügung stand, soll jetzt auch Brasilien für den Anbau dieser feinsten Baumwolle erschlossen werden, da sich dieses Land an sich für den Anbau vorzüglich eignet. Eine Studienkommission des internationalen Verbandes der Baumwollproduzentenvereine wird sich demnächst auf längere Zeit nach Brasilien begeben, um die bezüglichen Verhältnisse zu studieren. Sie findet dabei die Unterstützung der brasilianischen Regierung, welcher selbstverständlich viel daran liegt, ein hochwertiges Material im Lande anzupflanzen, welches guten Absatz in allen Ländern findet.

### Aus unserer Bewegung.

#### Außerordentliche Konferenz des Verbandsbezirks Westfalen.

Am 24. April fand im Lokale des Herrn Bigalle zu Münster eine außerordentliche Konferenz statt. An derselben wurde in einem Bericht der Bezirksleitung besonders auf die gegenwärtige wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage innerhalb des Verbandsgebietes Bezug genommen und festgestellt, daß der Geschäftsgang in der Seiden- und Baumwollindustrie so gemein sei, daß alle Arbeitstätigkeiten genügend beschäftigt gewesen seien. In der Leinenindustrie sei die Geschäftslage nicht so günstig gewesen und leider an einigen Stellen mit Einschränkung gearbeitet worden. Noch erheblicher war die Arbeitsminderungen in verschiedenen Industriezweigen, so daß es dort den Arbeitern bei weitem nicht mehr möglich gewesen sei, den nötigen Lebensunterhalt zu verdienen. Noch ungünstiger sei die Lage in den Strickerieen gewesen. Die Textilarbeiterchaft müsse unbedingt an dem Standpunkt festhalten, daß die Arbeitgeber in Krisenzeiten unter Opfern bereit sein müßten, die Arbeiterchaft zu beschäftigen. Wenn die Arbeiterchaft bei gutem Geschäftsgang nicht instande sei, Ersparnisse machen zu können, so hätte dieselbe ein moralisches Recht, zu fordern, daß ihr auch in Krisenzeiten eine Existenzmöglichkeit gewährt werde. Nur Arbeit in voller gegenseitiger Anerkennung und Achtung könne das Wirtschaftsleben wieder zur Gesundheit bringen.

Die durch den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband in Bielefeld und Denaord über Tarif- und Kontraktbruch geführten Streiks wurden scharf verurteilt, und als großer Schaden für das gesamte Wirtschaftsleben, besonders aber für die Arbeiterchaft und eine gedeihliche Gemeinschaftsarbeit gekennzeichnet.

Nachfolgende Entschliebung fand einstimmige Annahme: „Die heutige außerordentliche Konferenz des Bezirks Westfalen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, auf welcher circa 25000 Mitglieder vertreten waren, hat auch einen Bericht über die Sitzung des tariflichen Schlichtungsausschusses, welche am 21. April stattgefunden hat, entgegengenommen. Wenn die Versammelten es auch verstehen, daß die Ansichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Streitfragen entgegengeleitet sein können, so können sie es aber nicht anerkennen, wenn der Schlichtungsausschuss eine Entscheidung dahin trifft, daß ein ohne jeden Vorbehalt gegebenes Besprechen eines Arbeitgebers nicht gehalten werden soll. Dagegen legen die Versammelten entschiedenen Protest ein, weil dadurch Treu und Glauben — worauf die Arbeitsgemeinschaft aufgebaut ist — untergraben, das Vertrauen der Arbeiter zu den Arbeitgebervertrichtert und ein erträgliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern dadurch unbedingt schwinden muß und Mißtrauen großgezogen wird. Die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß ein Arbeitgeber auch ein den Arbeitern gegebenes Versprechen als ein Ehrenwort, zumal wenn es ohne jeden Vorbehalt gegeben wird, unter allen Umständen halten muß. Sie betrachten daher diese Entscheidung des Schlichtungsausschusses als einen Fehlspruch und können dieselbe als eine gerechte Entscheidung nicht anerkennen.“

#### Zur Lohnbewegung in der badischen Textilindustrie

geht aus folgende Darstellung zu: In Nr. 90 des „Volkemilieu“ nimmt ein Kritiker Stellung zu den vom christlichen Textilarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlungen zur Widerlegung des vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegebenen Flugblattes.

Auf das dort Angeführte näher einzugehen, erübrigt sich, es ist lediglich eine Wiederholung dessen, was in den Versammlungen bereits richtig gestellt wurde. Die Wahrheitsliebe des Deutschen Textilarbeiterverbandes und des Herrn Beck wird aber am besten durch folgende Tatsachen beleuchtet:

Die badische Arbeitsgemeinschaft für Textilindustrie hatte am 1. März Verhandlungen in Freiburg wegen Lohnherabsetzung, die ergebnislos verliefen, da die Arbeitgeber erklärten, zuerst eine Klärung der Verhältnisse durch die Londoner Konferenz abwarten zu wollen.

Von seiten des christlichen Textilarbeiterverbandes wurde nun der Antrag an die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes gestellt, ob es nicht im Interesse der gesamten Arbeiterchaft gelegen wäre, das Lohnabkommen zu verlängern um zwei Monate, um Lohnkürzungen zu verhindern und nach Klärung der Verhältnisse in neue Verhandlungen einzutreten. Von den Vertretern des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde dieser Antrag abgelehnt und beschlossen, in den Kampf einzutreten. In einer Zeit, wo von 100 Textilarbeiter in Baden etwa 20 gut, aber nicht voll beschäftigt sind, wagt der Deutsche Textilarbeiterverband durch Erhebung

festgestellt, die Textilindustrie sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise befindet, will man die Arbeiterschaft in den Streik hegen.

In Radolfzell wurde nun auf Betreiben des Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes am 9. März in einer Betriebsversammlung im Schweizerhaus der Beschluß gefaßt, die Lohnforderung durchzutämpfen. Bei den anschließenden Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Firma erklärte die letztere, daß sie eine Erhöhung der Löhne nicht bewilligen könne. Der Betriebsratsvorsitzende, zugleich Vorsitzender der Zahlstelle Radolfzell des Deutschen Textilarbeiterverbandes, verlängerte nun auf eigene Faust das bisherige Lohnabkommen mit der Firma schriftlich. Dies wurde auch von den Vertretern des Deutschen Textilarbeiterverbandes selbst zugegeben. Die Vertreter des christlichen Textilarbeiterverbandes werden in Flugblättern und in Versammlungen heruntergerissen, weil sie den Antrag stellten, das bisherige Lohnabkommen zu verlängern, Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes verlängern das alte Abkommen, ohne die Arbeiterschaft darüber zu fragen, obwohl kurz vorher das Gegenteil beschlossen wurde.

Den Antrag zu stellen ist also nach der Meinung der roten ein Verrat an der Arbeiterschaft, wird aber der „Verrat“ von den roten in die Tat umgesetzt, so ist das natürlich in der Ordnung.

Höher kann die Unehrlichkeit und Vüghaftigkeit eines Verbandes nicht gehen, das ist der Gipfel aller Schwindeleien.

Wie lange lassen sich denkende Arbeiter noch am Narrenseil herumführen und belügen? Obige angeführten Tatsachen können jederzeit bewiesen werden, sie zeigen am besten, was man von dieser Sorte Weltbeglucker zu halten hat, jeder kann die Lehre selber daraus ziehen.

#### Die Wahrheit über den Textilarbeiterstreik in Baden.

Unter dieser Ueberschrift wird uns noch mitgeteilt: Seit dem Ausbruch des Streiks haben die verantwortlichen Leiter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Versammlungen, Flugblättern und in Zeitungsaufsätzen Urachen, Verlauf und Begleitumstände dieses Streiks vollständig irreführend geschildert. Ihr Vorgehen widerspricht allen gewerkschaftlichen Grundsätzen und geübter Praxis. Eine Klärung und Unterrichtung der Öffentlichkeit scheint angebracht.

Wir haben folgendes zu sagen: Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber gegenüber den berechtigten Forderungen des christlichen und sozialdemokratischen Verbandes wird von uns ebenfalls ganz entschieden verurteilt. Wir haben, trotzdem wir das Vorgehen des roten Verbandes nicht gutheißen können, die gemeinschaftlich erhobenen Forderungen bei keiner Gelegenheit fallen lassen und halten dieselben auch heute noch voll und ganz aufrecht. Das Vorgehen der sozialdemokratischen Verbandesleiter unter der Führung des Abg. Kieslich wird und muß von jedem halbwegs gesunden Gewerkschaftler entschieden verurteilt werden. Es verstößt gegen altbewährte und allseits anerkannte gewerkschaftliche Grundsätze. Wir klagen die Leiter des roten Verbandes an, folgende Verstoße gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze begangen zu haben:

1. Die Festlegung der unsinnigen Streiktaktik von seiten der sozialdemokratischen Zeitung ist, ohne dem christlichen Textilarbeiterverband Gelegenheit gegeben zu haben, an den Beratungen und Beschlüssen teilzunehmen, erfolgt. Die Mitglieder des christlichen Verbandes mußten es als eine selbständige Organisation ablehnen, einseitig gefaßte ungewerkschaftliche Beschlüsse der sozialdemokratischen Verbandesleitung anzuerkennen und durchzuführen.

2. Die Inzenerierung des Streiks, bevor nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, auf friedlichem Wege durch die Ausrufung der Schlichtungsstellen, den berechtigten Arbeiterforderungen Zeitung zu verschaffen, stellt eine Kampfform dar, die christliche Organisationen niemals mitzumachen gewillt sind.

3. Die Streikbeschlüsse bei den einzelnen Firmen sind fast durchweg gegen die gewerkschaftliche Regel und selbst gegen den klaren Wortlaut des geltenden Statuts des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes gefaßt und durchgeführt worden. So heißt es z. B. in § 26 des Verbandsstatuts des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes:

„Streiks, die zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen resp. zur Aufrechterhaltung solcher sich notwendig machen, bedürfen der Genehmigung des Zentralvorstandes.“

Dann heißt es weiter: „Jeder Antrag auf Arbeits-einstellung gilt als abgelehnt, wenn nicht mindestens zwei Drittel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder dafür gestimmt haben. Ebenso ist bei jeder späteren Beschlußfassung eine Majorität von zwei Drittel der Mitglieder für Fortsetzung des Kampfes erforderlich. Diese Abstimmungen haben geheim mittels Stimmzettel zu erfolgen. Mitglieder, die ohne Genehmigung des Hauptvorstandes in einen Streik treten, verwirken das Recht auf Unterstützung.“

So der klare Wortlaut in den Verbandsstatuten des sozialdemokratischen Verbandes. Hierzu haben wir zu bemerken. Ein Zentralvorstandsmitglied des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes erklärte noch am 26. April 1921 in Berlin einem Vorstandesmitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes gelegentlich einer Besprechung in Berlin folgendes:

„Ueber den Streik in Baden sind wir nicht genau unterrichtet, wir haben von dort nur telegraphische Mitteilung vom Ausbruch des Streiks erhalten.“

Weiter ist festzustellen: Die Abstimmungen über den Streik-antrag bei einer Anzahl von Firmen ist nicht geheim, sondern öffentlich durch Handzettel erfolgt. In einer ganzen Anzahl von Betrieben, wo nicht zwei Drittel der Arbeiter für den Streik stimmten, hat man trotzdem die Arbeit niedergelassen. Ein Vorkall bei der Weberei Schenz in Ströck, wo gleichfalls keine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Streik stimmte, zeigt geradezu von einer Verwüstung gewerkschaftlicher Grundsätze. Da keine Mehrheit erzielt wurde, so wurde schlichtweg abgestimmt, daß das Verbandsstatut nicht mehr zu gelten habe.

Wo der Streikbeschlüß gefaßt wurde, hat man die Arbeit ohne Einhaltung der bisher festgesetzten Bestimmungen und in der Arbeitsordnung für die badische Textilindustrie einheitlich festgesetzten Kündigungfrist von zwei Wochen, mithin unter Kontraktbruch, verlassen. Auch wurden die dringend notwendigen Notstandsarbeiten in mehreren Betrieben verwirkelt.

Ein solches Vergehen, das allen allseits anerkannten gewerkschaftlichen Grundlagen Hohn spricht, kann ein geschulter Gewerkschaftler billigen, gleichviel welcher Richtung er angehört. So haben denn auch in einer ganzen Anzahl von Betrieben solche Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes gegen den Streik gestimmt, auch selbst in solchen Betrieben, wo die weit überwiegende Mehrheit sozialdemokratisch organisiert ist; wir nennen z. B. Spinnerei und Weberei Steinen und Webersheim, Weberei Weiden in Steinen, Spinnerei und Weberei Kollnau, Tuchfabrik Vorrach, Spinnerei Fußmann und Heiter in Hell. Das zeigt am besten, wie wenig denkende Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes das Vorgehen und Verlangen ihrer babischen Führer verurteilen. Wohin soll es auch führen, wenn Satzungen, Verträge, Beschlüsse und anerkannte Gewerkschaftsregeln mißachtet und beiseite gesetzt werden. Das führt zur Zerrüttung der Organisationen und liefert den Gegnern der Tarifverträge im Arbeitgeberlager Wasser auf die Mühlen.

So haben die Leiter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes durch ihr unflüchtiges, ungewerkschaftliches Vorgehen die bisher so gut bewährte Einigkeit der babischen Textilarbeiterfamilie zerstückelt, großes Unheil über zahlreiche Textilarbeiterfamilien gebracht und die Position der unsozial gestauten Kreise im Arbeitgeberlager wesentlich gestärkt.

Dem christlichen Textilarbeiterverband sind nun die maßgebenden Schlichtungsgremien zur Koalition der Differenzen und zur evtl. Fällung eines Schiedsspruches angerufen worden. Zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen und Entscheidungen haben dann die Mitglieder durch ihre selbstgewählten Vertreter Stellung zu nehmen und dann selbst zu entscheiden, was weiter zu sehen ist.

Das ganze Vorgehen der sozialdemokratischen Führer, insbesondere die persönliche, geschickte Kampfstärke eines Friedrich gegen die Mitglieder und Führer des christlichen Verbandes zeigt am besten den Mangel an triftigen Gründen, aber auch das eigentliche Hauptziel des Kampfes. Man will die starke Position des christlichen Textilarbeiterverbandes in Baden und die der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung erschüttern und untergraben und den Versuch im eigenen Lager verdecken. Da werden die Herrschaften die gesamte christlich gestaute Arbeiterfamilie in Baden in gefährlicher Weise bedrohen.

**Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.**  
**Arbeiterinnenkommissionen sind keine Arbeiterinnenvereine.**

Den Zweck unserer Arbeiterinnenkommissionen haben sehr viele aus unseren Reihen immer noch nicht erkannt. Und viele Mißverständnisse würden, so ist unsere Meinung, fallen, wenn die Aufgaben ganz klar und deutlich, bis ins Kleinste, jedem vor Augen wären. Wir haben es versucht, lange Zeit und auf verschiedene Arten: durch Besprechungen, Zeitungsartikel, persönlichen Briefwechsel u. dergleichen mit gutem Erfolge. Aber da es nicht angängig ist, in allen Ortsgruppen und Bezirken Vorträge zu halten, haben wir immer wieder im Selbstorgan, das doch ein jedes Mitglied unseres Verbandes allmähentlich in die Hand bekommt, von den Aufgaben, von Zweck und Ziel der Arbeiterinnenkommissionen geschrieben. Würde doch unser Selbstorgan, dem jüdischen, Bild und Kraft seitens der Zentralstelle gewahrt wird, mehr als das beste gewerkschaftliche Erziehungsmittel betrachtet. Es würde manches anders und besser sein.

Unter den Hindernissen für eine gedeihliche Arbeit der weiblichen Mitarbeiterinnen innerhalb der Arbeiterinnenkommissionen steht am ehesten das, daß die Arbeiterinnenkommissionen die funktionellen Arbeiterinnenvereine ersetzen wollten. So lobenswert die Antipathie, die man mit solchen Gedanken hegt, sein mag, sie ist unangebracht. Wir wollen uns darum heute einmal über diese beiden Dinge unterhalten. Es ist ganz klar, daß die Gewerkschaftsbewegung, auch wenn sie eine christliche ist, niemals die funktionellen Arbeiterinnenvereine ersetzen kann. Im Gegenteil: Die starken Kräfte in beiden Bewegungen sollen einander helfen, für einander arbeiten. Aber: um getrennt zu marschieren und bereit zu schlagen. Bereit auch im positiven christlichen Denken und prinzipiellen Handeln, eine große Front gegen die antimännlichen Strömungen der Gegenwart bilden zu können. Die Gewerkschaft, die heute als wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben steht, trägt die Sorge um die soziale und wirtschaftliche Hebung des arbeitenden Standes; die funktionelle Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung sollte heute mehr als in jezt einer Zeit, die Sorge um die kulturelle und religiöse Erziehung ihrer Mitglieder übernehmen. In diesem Sinne möchten wir auch den verantwortlichen Stellen zurufen: Schafft mehr, schafft lebendige Arbeiterinnenvereine! Dann können wir auch mit gutem Gewissen mehr noch als bisher dafür eintreten und unsere Mitglieder diesen Vereinen zuführen. Wir wissen, es fehlt auch hier an Kräften — aber sie können herangebildet werden. Nur soll man wissen, daß Standesvereine da sind, ja wir wünschen sogar eine kräftigere Stärkung derselben und verpflichten dazu auch unsere Zeit beizutragen. In unserer gemäßigten Jungfrauenkongregationen u. dergleichen sind unsere Mitglieder nicht recht heimlich. Sorge darum ein jeder von uns, daß ein funktioneller Arbeiterinnenverein ins Leben tritt. Es könnte uns noch gehen und fährdenes Kolleginnen hier nicht gefährden. Ein solcher Arbeiterinnenverein kann sehr gut neben unsern Arbeiterinnenkommissionen bestehen und umgekehrt. Es wäre sogar in manchen Fällen für beide Teile äußerst wertvoll. Die Arbeiterinnenkommissionen übernehmen die Schulung in wirtschaftlichen Dingen, die Arbeiterinnenvereine in kultureller und religiöser Beziehung. Hauswirtschaftskurse, Bildungsabende u. dergleichen (auch zur Vertiefung der Kopfen) sehr gut gemeintem deranzustellen werden. Bei gemeinsamen guten Willen und Bereitschaft läßt sich sehr viel mehr erreichen als bisher. Es ist, was davon geben wir auch der Arbeiterin (Wöchentlich Nr. 16) recht, nicht bloß ein Vorteil für die funktionellen und christlichen Standesvereine, sondern es ist der größte Vorteil für die Gewerkschaften selbst. C. H.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Dülken.** Heinrich van Oel j. Nach langer Krankheit starb am 11. April der Leiter unserer Ortsgruppe, Kollege Heinrich van Oel. Derselbe starb lang, bis zu seinem Lebensende, hat er die Angelegenheiten der Ortsgruppe geführt. Mit ihm sind leider auch andere alte Bekannte, ein überaus geselliger Gewerkschaftler und einer unserer treuesten Mitarbeiter im Werk. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

**Rochow.** Trotz vieler Mühen und Schwierigkeiten, die aus dem Weg zu nehmen und auch aus dem eigenen Leben gemacht werden, hat unsere Ortsgruppe eine gute Entwicklung und auch einen guten Gewerkschaftsgeist zu verzeichnen. Mit

den Bauhandwerkern zusammen hielten wir am 17. April einen Familienabend ab. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Gar mancher mußte mit einem Stehplätzchen zufrieden sein.

Das Meistert des Abends hatte Kollege Schilling-Emsbetten übernommen. Thema: Unsere Aufgaben in Gegenwart und Zukunft. Die ungetrübte Aufmerksamkeit während des Vortrages bewies wohl am besten, daß ein gutes Verständnis für den zu behandelnden Stoff vorhanden war. Der gemütliche Teil wurde ausgefüllt mit gemeinschaftlichen Liedern, schönen Vorträgen, Theaterstücken und Reigen, während die Feuerwehrleute bereitwillig durch einige schöne Konzertstücke zur Verschönerung des Festes beitrug. Eine Sammlung für notleidende Kinder brachte die schöne Summe von 214 M. ein. Allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle herzlichen Dank für ihre Mühen.

**Siedingen.** An einer außerordentlich gut besuchten Versammlung fanden sich gestern abend die christlich organisierten Textilarbeiter und -Arbeiterinnen im Saale des Vereinshauses ein — die Zahl mochte wohl 300 überschritten haben —, um Stellung zu nehmen zu unserer Tarifbewegung, sowie zur immer weiterheranrollenden Streitfrage. Kollege Eschbach, Vorsitzender der Ortsgruppe, begründete unsere ja zahlreich erörterten Forderungen und Forderungen und machte eingangs schon auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit unseres Beschlusses aufmerksam. Er erzielte hierauf Kollegen Köch das Wort, der dann zu Punkt 1 der Tagesordnung, „Situationsbericht unserer Lohnbewegung“ überging. Lehner erörterte die verschiedenen Einzelheiten seit dem ergebnislosen Verlauf der Tarifverhandlungen in der Arbeitergemeinschaft, bis zu der in nächster Richtung seitens des freien Verbandes eingeschlagenen Streitakt. Einer ganz besonderen Prüfung wurde hierauf unterzogen die unsererseits eingeschlagene Taktik und sämtliche unserer Kolleginnen und Kollegen brachten die Anerkennung zum Ausdruck, daß die von uns eingeschlagene Wege die einzig richtigen waren. Allgemein herrschte Entrüstung darüber, daß trotz der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Maßnahmen vom freien Verband getroffen werden, die geeignet sind, Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen auf die Straße zu setzen und unabhängige Familien brotlos zu machen. In der Diskussion sprachen dann die jeweiligen Betriebsräte der einzelnen Betriebe und war ihre Kritik sehr wohl und ganz in zustimmendem Sinne. Als Vertreter der Arbeiterfamilie in den einzelnen Betrieben war ihre Beschäftigung dahingehend, in der Mehrheit unserer christlich organisierten Mitglieder einen Streik abzulehnen, in der Minderheit aber unter Protest mitzutreten. Wir wollten nicht als Streikbrecher gelten, aber die Folgen lehnen wir durchaus ab. Für die Durchführung dieses Beschlusses wollen sich alle unsere Kollegen und Kolleginnen mit ganzer Kraft einsetzen.

Die Zeit war ziemlich vorgezogen und die Versammlung ging auseinander mit dem Bewußtsein und festen Willen jedes einzelnen, richtungweisend seinen Platz in den kommenden ernsten Tagen einzunehmen und unsere christlichen Verbandsideale vor verleumderischen Angriffen zu schützen und zu verteidigen.

Den Führern der freien Gewerkschaft aber dürfen wir wohl versichern, daß sie sich hier die gewünschten Erfolge auch nicht durch ihre gemeinen Redensarten erziehen werden, einmal schon darum, weil unsere tausend Mitglieder zählende Ortsgruppe den unbedingten Sieg davontragen wird gegenüber den wenigen der freien Gewerkschaften, und dann auch, weil selbst die freie Gewerkschaftsmehrheit durchaus nicht geneigt sind, bis leichtfertige Spiel mit Arbeiterregimenten mitzumachen. Die hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen erwägen diese Frage von solcher Erwarte wohl eingehender, als dies von anderen des babischen Oberlandes geheißen sein dürfte. An alle Arbeiter und Arbeiterinnen richten wir aber die wohlgemeinte Warnung: Markt die Augen auf es geht um eure Existenz und um das Wohl und Wehe eurer Familien!

**Schlesien.** Bekräfteter Terror. Vor dem Schöffengericht in Lewin hatten sich am Dienstag, 19. April, der Betriebsratsvorsitzende Hermann Ziesing und zwei weitere Arbeiter und Arbeiterinnen der Weberei in Sellenau Kreis Glog, wegen Drohungen, Nötigung und Mißhandlung in zum Teil fortgesetzter Handlung zu verantworten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Im Sommer 1920 traten die in genannter Weberei beschäftigten Weber Wilhelm Teuber und Wilhelm Siegel vom sozialistischen zum christlichen Textilarbeiterverband über. Ihnen folgten einige Zeit darauf drei Arbeiterinnen. Der Filiale Sellenau des sozialistischen Textilarbeiterverbandes bemächtigte sich durch eine gewalttätige Erregung, die sich zunächst in der Weise äußerte, daß die Betriebsräte des sozialistischen Textilarbeiterverbandes bezw. Betriebsratsmitglieder sich fortwährend bei der Betriebsleitung über die Christlichen beschwerten. Letzteren wurde schmutzige Agitation, Verhöhnung der Belegschaft und fortwährende Falschsetzung der Arbeiterfamilie vorgeworfen. In förmlichen Verbänden, die von der Betriebsleitung und dem Betriebsrat mit den beschuldigten Arbeitern und Arbeiterinnen angefaßt wurden, konnte kein Beweis für die erhobenen Beschuldigungen beigebracht werden, so daß der Betriebsrat eine gefesselt wurde, der vom sozialistischen Betriebsrat geleiteten Entlassung der fünf Christlichen stattzugeben. Am 13. Oktober wurde der Betriebsleitung von dem Betriebsrat im Auftrage der sozialistischen Arbeiterfamilie das Ultimatum gestellt: Entweder treten die zuletzt aus dem genannten Verband ausgetretenen Arbeiter und Arbeiterinnen wieder bei den Christlichen aus und in ihren früheren Verband zurück oder die Betreffenden müssen von der Betriebsleitung entlassen werden. Andernfalls lehne die Arbeiterfamilie es ab, fernhin mit den Leuten zusammenzuarbeiten. Die genannten fünf Personen wurden auch früh zu Beginn der Arbeit gar nicht mehr in den Fabriksort hineingelassen. Bei den von der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat in Verbindung stehenden Mitgliedern des christlichen Verbandes in Sellenau des Betriebsratsvorsitzenden vom sozialistischen Textilarbeiterverband geführten Einigungsverhandlungen bemühte sich Herr Ziesingberger vergeblich, die Sache dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er die fünf Christlichen zur Rückkehr in den sozialistischen Verband zu bewegen suchte. Doch bestanden diese auf dem ihnen zustehenden Recht der Vereinigungsfreiheit. Obwohl die Arbeit vorübergehend ausgenommen wurde, kam keine Ruhe in den Betrieb, da die sozialistischen Wortführer auf die Entlassung bestanden. Es kam im weiteren Verlauf der Dinge sogar zu Tätlichkeiten gegenüber dem Vorsitzenden des christlichen Verbandes und hochachtbaren Arbeiterinnen. In dem arbeitstillen Arbeiterinnen der Reichsinnen eingehalten und die Leute unter Drohungen aus dem Betriebe herausgeholt wurden. Die Demütigungen dauerten bis zum nächsten Ende, daß der Betriebsrat nicht mehr auf die Entlassung der drei Arbeiterinnen bestand, während die Weber Teuber und Siegel von der Betriebsleitung bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit hinhaltet wurden. Die beiden Leute durften bis jetzt noch nicht die Arbeit in der Fabrik aufnehmen.

Auf erfolgt Anzeige hin erhob die Staatsanwaltschaft gegen 10 Arbeiter und Arbeiterinnen die eingangs erwähnte Anklage.

Die Angeklagten gehen im wesentlichen die ihnen zur Last gelegten Handlungen zu. Jedoch suchten sie ihrerseits die beiden terrorisierten Weber als die eigentlichen Streikbrecher hinzustellen, wofür die Beweisaufnahme jedoch keinen Beweis erbrachte. Andererseits betonten mehrere Angeklagten, daß sie die ihnen zur Last gelegten Handlungen als Vertrauenspersonen begangen hätten. Auf Befragen wurde festgestellt, daß fast alle Angeklagten Vertrauensleute des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind.

Der Anklagevertreter beantragte gegen den Betriebsratsvorsitzenden Ziesing eine Woche, gegen das Betriebsratsmitglied Amalie Leliet, die Arbeiter Duchatsch und Franz Herzog je fünf Tage, gegen die Arbeiter Anton Kubina und Drechsler je drei Tage Gefängnis, gegen die Angeklagten Simmerer und Julius Hoffmann je 300 M. Geldstrafe, Ertragung der Kosten des Verfahrens und Publikationsbefugnis. Der Verteidiger Herr Rechtsanwalt Bandmann aus Breslau bestritt, daß der Tatbestand der Nötigung für die Angeklagten vorliege. Höchstens könne im Falle der Angeklagten Duchatsch und Herzog eine Verurteilung in Frage kommen, dann aber nur eine Geldstrafe, für alle übrigen Angeklagten beantragte er Freisprechung. Zudem hätten alle Angeklagten in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Das Urteil lautete gegen Ziesing und Leliet auf je 400 M., gegen Duchatsch, Herzog und Kubina auf je 250 M., gegen Drechsler und Simmerer auf je 200 M. und gegen Siegel, Franziska Hoffmann und Julius Hoffmann auf je 100 M. Geldstrafe und Ertragung der Kosten. Im Nichtbeitragsfalle für je 15 M. ein Tag Gefängnis. Das Urteil dürfte manchem Modifikationsinstanz unter den Mitgliedern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes doch eine ernste Warnung sein.

**Wilhelmsburg bei Hamburg.** Die Selbstbejüngung christlicher Textilarbeiter und Arbeiterinnen ermöglichte hierdurch die Gründung einer Ortsgruppe unseres Verbandes. Mit Mut und Ausdauer wurden die Anstöße der bisher alleinherrschenden Gruppe und deren Heißsporne abgewehrt. Kampfesroh trat die kleine Schar denn auch schon bei der Betriebsratswahl in die Schranken. Darüber berichten die „freien“ Textilarbeiter im mehrheitssozialdemokratischen „Hamburger Echo“: „Eine empfindliche Niederlage erlitten die christlichen Textilarbeiter in der Wahlkammer Wilhelmsburg. Von 841 abgegebenen Stimmen erhielten die Genossen 772, die Christlichen 59 und somit kein Mandat.“ Nachstehend unsere Antwort auf die Kritik im „Hamburger Echo“:

Dieser Trost müssen wir Christlichen diesmal dem Gespöß noch lassen. Uns ist die Stimmenzahl ein guter Anfangserfolg. Ende Dezember, also vor noch nicht vier Monaten, hielten die Herren noch eine Urabstimmung im Betrieb, nicht mit den „Christlichen“ arbeiten zu wollen, für das Gift, uns den Sarsaus machen zu können. Jetzt müssen sie von einer empfindlichen Niederlage der „Christlichen“ berichten und in den eigenen Reihen den nötigen Trost spenden darüber, daß es 59 Christen geworden. Neunundfünfzig ohne diejenigen, die aus verschiedenen Gründen nicht wahlberechtigt waren. Diese Zahl ist uns ein Zeichen, daß auch bei den Textilern in Wilhelmsburg die Behauptung nicht mehr verhängt, christlich national gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen wären gerade im Deutschen Textilarbeiterverband am besten aufgehoben. Unser Selbstbewußtsein, ganz zu schweigen von anderen Gründen, läßt uns eben ablehnen, unsere Interessen von den Genossen vertreten zu lassen. Dieses können wir selber. Die christlichen Gewerkschaften sind ja auch nicht mehr von gestern, und manche Novemberblüte stand im Garten des Indifferentismus und vielleicht im gelben Sumpf, als die christlichen Gewerkschaften langsam gewerkschaftliche Arbeit leisteten. Die Bemerkungen im Artikel mit allen möglichen Windelzügen hätten wir die Wahl angeschlossen, bekräftigt uns die Unkenntnis der Genossen und damit die Warnung, daß die Führung der Deutschen Textilarbeiter in Wilhelmsburg von Novemberlingen behauptet wird. „Wahlkämpfe“ waren nicht nötig, um die Wahl umzustolen. Jeder Blinde konnte sehen, daß im Gees das Gegenteil von dem steht, wie das, was der Wahlvorstandsvorsitzende herausgerufen hatte. Deshalb die Ungültigkeitserklärung. Unsere Mitglieder und Freunde aber rufen wir zu: Schafft weiter, ohne Furcht und Streit nach links, aber im edlen Wettkampf, für unseren Stand in den christlichen Gewerkschaften.

**Besondere Bekanntmachungen.**

**Lokalsekretariat Schmollenberg (Sauerland).**  
Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Geschäftsstelle dem Fernsprechnetz unter Nr. 130 angeschlossen ist

**Versammlungskalender.**

**Speyer.** 22. Mai, 3 Uhr, im Lokale zum Strauß, öffentliche Versammlung.

**Inhaltsverzeichnis.**

- Pflichten. — Artikel: Zur Kritik in der Weltwirtschaft. — Selbstkritik oder Gemeinschaftsinn? — Niedriger Gehalt!
- Allgemeine Rundschau: Stögerwald in sozialdemokratischer Beleuchtung. — Die Änderungen in der Unfallversicherung. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Der II. Ausbildungskursus für Betriebsräte. — Die Schlichtungsordnung. — Aus unserer Industrie: Der Rückgang der Ausfuhr von Baumwollwaren von England. — Intensive Tätigkeit französischer Handelskreise in der baltischen-touristischen Textilindustrie. — Güter Absatz für deutsche Wirkwaren in Argentinien. — Förderung der Baumwollkultur in Brasilien. — Aus unserer Bewegung: Außerordentliche Konferenz des Betriebsrats Westfalen. — Zur Lohnbewegung in der badischen Textilindustrie. — Die Wahrheit über den Textilarbeiterstreik in Baden. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Arbeiterinnenkommissionen sind keine Arbeiterinnenvereine. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dülken. — Nordwalde. — Siedingen. — Schlesien. — Wilhelmsburg bei Hamburg. — Besondere Bekanntmachungen: Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 83.